



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Algerien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Dezember 2011
Zusammengestellt von: Marc von Boemcken

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien	6
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
2.3	Militärausgaben in Algerien.....	9
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	10
2.5	Streitkräftestruktur	10
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	11
2.7	Rolle des Militärs in der Gesellschaft.....	14
2.8	Polizei und andere Sicherheitskräfte.....	15
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	16
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Algerien.....	16
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	16
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	18
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	21
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	22
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	23
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	25
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	25

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Algerien

Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 ist Russland der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der algerischen Streitkräfte. Im März 2006 wurde das vorerst letzte umfassende Waffengeschäft zwischen Russland und Algerien ausgehandelt, welches mehrere Milliarden US-Dollar umfasste. Die Auslieferung der Flugzeuge, Panzer und verschiedener Luftabwehrsysteme verzögerte sich nach einigen Schwierigkeiten, scheint aber seit Ende 2008 wieder gesichert. Aufgrund der Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext des letzten milliardenschweren Waffengeschäfts, deutete Algerien darauf hin, sich um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten zu bemühen. Bereits in den 1980er Jahren hatte Algerien versucht sich aus seiner einseitigen Abhängigkeit gegenüber östlichen Rüstungslieferanten zu lösen. Der Mangel an finanziellen Mitteln im algerischen Beschaffungshaushalt lies dies jedoch nicht in größerem Umfang zu, auch wenn eine Reihe von Verträgen, unter anderem mit Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Tschechien zu Stande gekommen waren. Im internationalen Vergleich ist die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen eher gering. Dennoch gab es im Februar 2011 Meldungen über eine mögliche Lieferung von zwei Fregatten des Typs Meko 2000 der Firma Thyssen Krupp im Gesamtwert von bis zu 300 Millionen Euro. Bedeutend für das Land ist jedoch das historische Verteidigungsabkommen, das Algerien mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich im Juni 2008 unterzeichnete. Im Rahmen dessen werden derzeitige Verhandlungen über vier FREMM Mehrzweck Fregatten vermutet. Ebenso soll Frankreich Algerien seinen Eurocopter und Grenzüberwachungsausrüstungen für die Sahara angeboten haben.

Bereits 1982 nahmen die Vereinigten Staaten Algerien in das International Military Education and Training Program (IMET) des Pentagon auf, ein Versuch das Land von seiner engen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion zu lösen und den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 intensivierten sich die Beziehungen zwischen den USA und Algerien.

Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu können, ist Algerien nach wie vor auf den Import der meisten Waffensysteme angewiesen. Es bestehen zwar vereinzelte Produktionskapazitäten, etwa im Schiffsbau, allgemein ist eine nationale Rüstungsindustrie jedoch nicht vorhanden.

Traditionell war die Aufgabe des Heeres die Verteidigung und Überwachung der langen algerischen Landesgrenze zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien. Auf Grund der Spannungen mit Marokko wurde die Personalstärke der Landstreitkräfte in den späten 1970er Jahren fast verdoppelt. Das Heer ist die einzige Truppenart, die Wehrpflichtige für eine Dauer von 18 Monaten einberuft. Mit rund 1.000 Kampfpanzern verfügt es zudem über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart.

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren erheblich vergrößert und modernisiert, besonders durch die Beschaffung der zwei Unterseeboote und zwei Fregatten der Koni Klasse. Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart. Vor allem Frankreich und Großbritannien haben bereits in den 1980er Jahren Algeriens Marine mit Korvetten und Küstenwachbooten beliefert, sowie kleinere Technologietransfers in diesem Bereich ermöglicht.

Die algerische Luftwaffe wurde 1962 gegründet und kurz nach den Zusammenstößen mit marokkanischen Streitkräften Mitte der 1970er Jahre erheblich erweitert. Seit 2000 ist die Modernisierung der Luftwaffe die wichtigste Aufgabe der algerischen Streitkräfte. Die größten Rüstungszukäufe der letzten Jahre waren daher für die Luftstreitkräfte bestimmt.

Die algerische Armee ist die am besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden

Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar. Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika ist nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren nichts weiter als eine Marionette des mächtigen Militärapparates. Proteste der algerischen Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2011 richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Der Präsident kann dabei auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, die, auch zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen, teilweise brutal gegen Demonstranten vorgehen.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen ist es beigetreten. Die algerische Verfassung verspricht einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist seit September 2008 bereits zum zweiten Mal Mitglied im neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotzdem kommt es weiterhin zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen und bislang wurden keinerlei Bemühungen von der Regierung unternommen den Verbleib der im Bürgerkrieg „Verschwundenen“ aufzuklären.

Seit mehr als zehn Jahren herrscht in Algerien ein blutiger Bürgerkrieg zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalisten. Auslöser war die Verhinderung eines Wahlsieges für die Islamistenpartei Front Islamique du Salut (FIS) durch das Militär in den frühen 1990er Jahren. Insgesamt wird geschätzt, dass zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen. Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die islamistischen Rebellen verkündete, nahm die Gewalt am Anfang des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft; seitdem haben über 400 Guerilla-Kämpfer unter ihren Bedingungen die Waffen niedergelegt. Parallel zu dem inzwischen abklingenden Bürgerkrieg gegen Islamistengruppen schwillt der zweite innere Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Berber vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit.

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. Trotz seiner geographischen Entfernung identifiziert sich Algerien offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM), kommt Algerien eine gewichtige Rolle zu, dort unterhalten die USA mittlerweile einen zentralen Kommandostützpunkt.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Die Gefahr, dass in Algerien unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen ist deutlich ersichtlich, sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht, dennoch sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren gesunken. Ungeachtet dessen sind jedoch auch bei den Gesundheits- und Bildungsausgaben eher Stagnation bzw. nur geringfügige Anstiege zu beobachten. Angesichts der drängenden Probleme des Landes, wie die wirtschaftliche Unterentwicklung, die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, die hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme in sozialen Sektoren, bedarf es einer Umverteilung bei den staatlichen Ausgaben.

2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2010

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%	5,26
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%	0,2
2001	Tauchgeräte: 92,6%	0,74
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%	10,53
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%	1,03
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %	0,18
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%	19,03
2006	Teile für Infrarotausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5%; Formationsleuchten: 18,9%	1,8
2007	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2008	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Landfahrzeuge: 81,3%	0,51
2009	Sattelzugmaschinen und Teile für Landfahrzeuge: 65,4% Kommunikationsausrüstung und Stromversorgungen: 31,8%	9,0
2010	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 52,0%; Multisensorausrüstung und Teile dafür: 40,6%	19,84

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2010, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien, 1999-2010

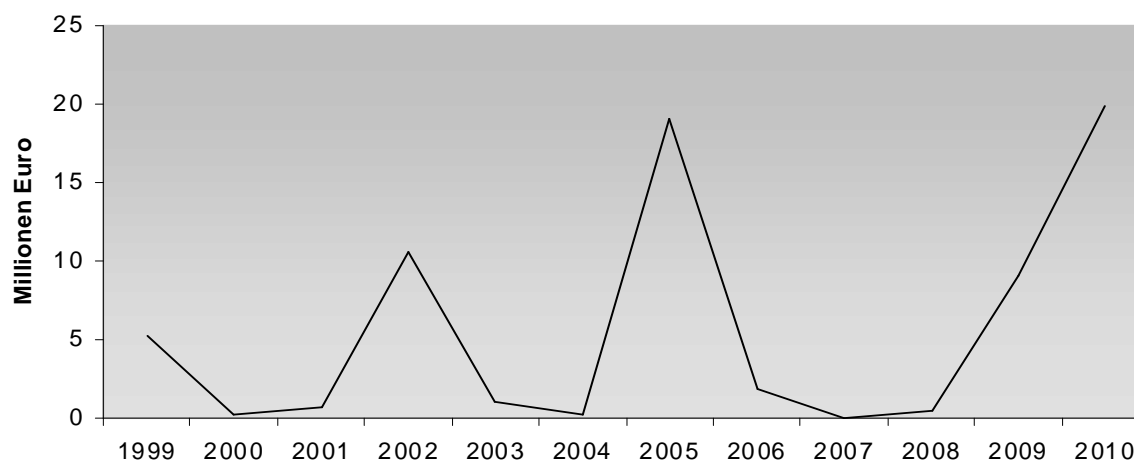


Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Algerien, 1991-2010

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(200)	OM-352	Dieselmotor	1992	1992-1995	(200)	Für gepanzerte Personenfahrzeuge FAHD

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: http://www.sipri.org/contents/armstrad/at_db.html

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Algerien 2006-2010, Mio. USD

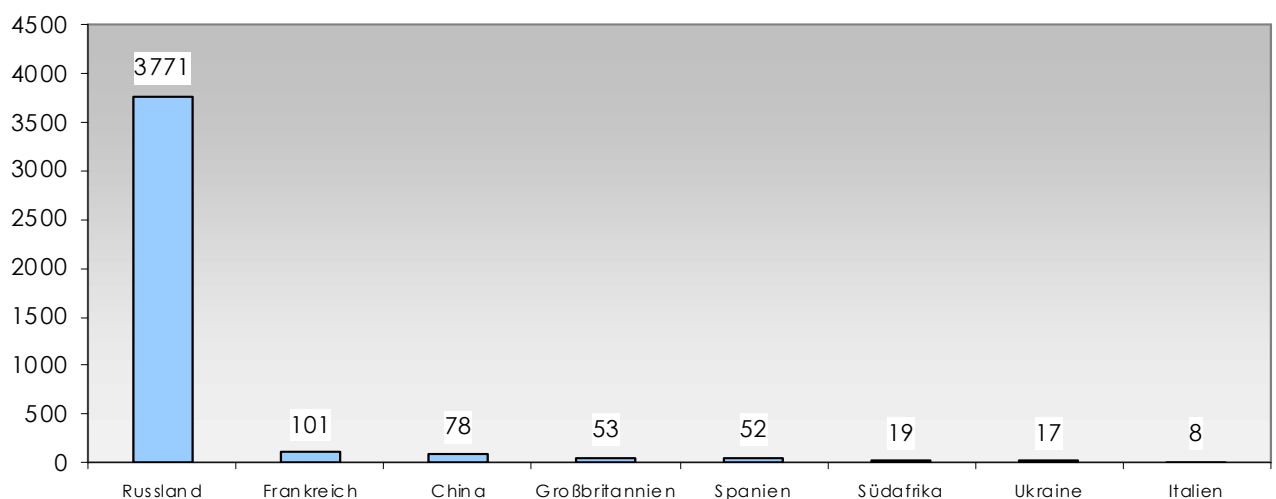
Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	304	471	1424	1121	791	4112

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien 2006-2010, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Algerien lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Algerien 2006-2010, Mio. USD

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar:

Laut SIPRI-Datenbank (Stand Mai 2011) nahm Algerien zwischen 2006 und 2010 die 8. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 ist Russland der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der algerischen Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte. Im März 2006 wurde das vorerst letzte umfassende Waffengeschäft zwischen Russland und Algerien ausgehandelt, welches mehrere Milliarden US-Dollar umfasst. Die Auslieferung der Flugzeuge, Panzer und verschiedener Luftabwehrsysteme verzögerte sich nach einigen Schwierigkeiten (s.u.), scheint aber seit Ende 2008 wieder gesichert.

Im Jahr 1982 nahmen die Vereinigten Staaten Algerien in das International Military Education and Training Program (IMET) des Pentagon auf, ein Versuch das Land von seiner engen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion zu lösen und den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 intensivierten sich die Beziehungen zwischen den USA und Algerien. Besonders Meldungen im Oktober 2003 über eine angebliche Allianz der Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) mit al-Quaida bewogen die USA die algerische Strategie der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Dies bedeutete nicht nur eine Zunahme von US-amerikanischen Waffenlieferungen nach Algerien, sondern auch eine verstärkte militärische Zusammenarbeit. Bereits im Januar 2002 führten die Vereinigten Staaten und Algerien gemeinsame Manöver durch und bildeten eine bilaterale Sicherheitskommission zur Überwachung und Verfolgung mutmaßlicher islamischer Terroristen.

Aufgrund der Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext des letzten Milliarden schweren Waffengeschäfts, deutete Algerien darauf hin, sich um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten zu bemühen. Bereits in den 1980er Jahren hatte Algerien versucht sich aus seiner einseitigen Abhängigkeit gegenüber östlichen Rüstungslieferanten zu lösen. Der Mangel an finanziellen Mitteln im algerischen Beschaffungshaushalt lies dies jedoch nicht in größerem Umfang zu, auch wenn eine Reihe von Verträgen, unter anderem mit Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Tschechien zu Stande gekommen waren. Besonders erwähnenswert ist die Lieferung von 6 hochmodernen Beech 1900 Aufklärungsflugzeugen von den USA zwischen 2001 und 2002. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten ihre bisherigen Bedenken bezüglich der miserablen Menschenrechtssituation im Land zurückgesetzt und unterstützen die algerischen Streitkräfte verstärkt mit Anti-Guerilla-Ausrüstung, darunter insbesondere Nachtsichtgeräte, für den Kampf gegen die islamistischen Rebellengruppen.

Im Juni 2008 unterzeichnete Algerien nun ein historisches Verteidigungs-Abkommen mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Im Rahmen dessen werden derzeitige Verhandlungen über vier FREMM Mehrzweck Fregatten vermutet. Ebenso soll Frankreich Algerien seinen Eurocopter und Grenzüberwachungsausrüstungen für die Sahara angeboten haben.

Im Februar 2011 gab es Meldungen über eine mögliche Lieferung von zwei Fregatten des Typs Meko 2000 der Firma Thyssen Krupp im Gesamtwert von bis zu 300 Millionen Euro.

Italien plant den Verkauf von bis zu 30 Kampfhubschraubern der Firma AgustaWestland im Wert von 460 Millionen Euro an Algerien. Darüber hinaus will die italienische Regierung die Arbeit mit Algerien intensivieren und gemeinsame Militärübungen abhalten sowie eine stärkere Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung anstreben.

2.3 Militärausgaben in Algerien

Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

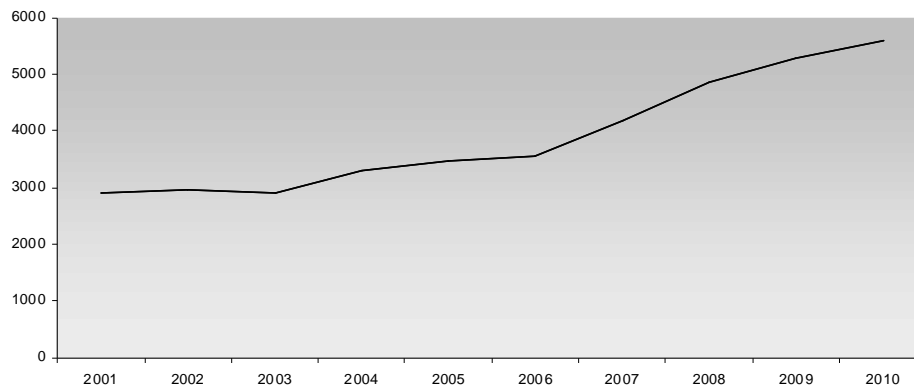
	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben	3557	4173	4862	5281	5586
Anteil am BIP (in Prozent)	2,6	2,9	3	3,8	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	13,8	13,9	13	15	-

Militärausgaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Development Indicators

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

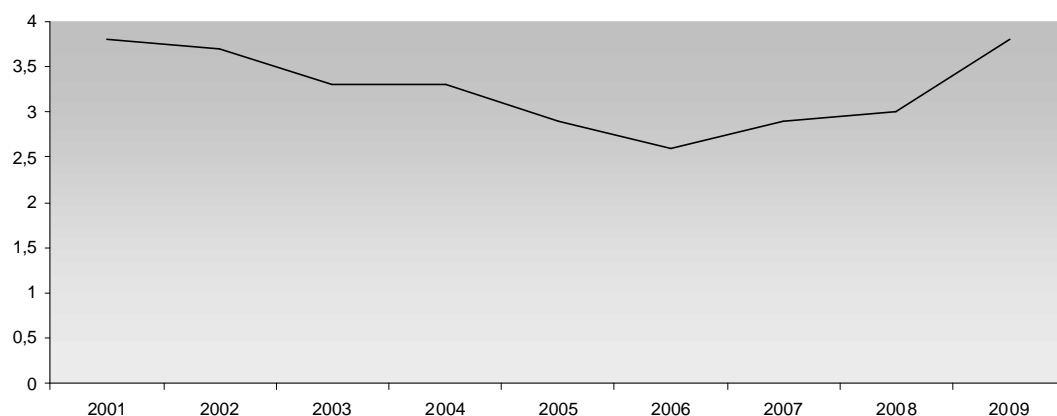
Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2001 – 2010 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen in USD mit dem Basisjahr 2009

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2001 – 2009 (in Prozent)



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu können, ist Algerien nach wie vor auf den Import der meisten Waffensysteme angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. In den letzten Jahren wurden dort insbesondere Boote für die Küstenwache der Kebir-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die Endfertigung von zwei Djebel Chinoise Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus ist allerdings nur noch die Lizenzherstellung von Militärlastwagen mit französischer Unterstützung erwähnenswert.

Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA Kontrollen ein. 1995 trat Algerien dem Atomwaffensperrvertrag bei.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: ja, 18 Monate (Heer)

Gesamtstärke der Streitkräfte:

147 000 aktiv, davon:

- Heer: 127 000
- Marine: 6 000
- Luftwaffe: 14 000

Zusätzlich:

- Reserve: 150 000
- Paramilitärische Einheiten: 187 200
 - Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20 000
 - Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16 000
 - Republikanische Garde: 1 200
 - Kommunale Verteidigungsgruppen, Milizen: ca. 150 000

Quelle:

IISS Military Balance 2011

Kommentar:

Algerien verfügt über eine vergleichsweise große und gut ausgerüstete Armee unter dem Oberkommando des Präsidenten. Hervorgegangen aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren, bestanden die algerischen Streitkräfte ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter Veteranen des Unabhängigkeitskrieges gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische Offiziere an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet. Im Zuge eines Bürgerkrieges nach Ende des Kalten Krieges gegen islamistische Gruppierungen erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während

der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig.

Wieder einmal standen kleine, leichte Infanteriegruppen statt schwerer Kampfverbände im Vordergrund der auf Anti-Guerillakriegsführung ausgerichteten taktischen Überlegungen. Übungen auf Bataillionsebene oder höher wurden kaum noch durchgeführt, die Wartung des schweren Gerätes häufig vernachlässigt. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Mehr als zehn Jahre Bürgerkrieg in Algerien haben neben den regulären Streitkräften einen ausgesprochen starken paramilitärischen Sicherheitsapparat geschaffen. Vor allem die Bewaffnung von teilweise bis zu 500.000 in kommunalen Milizen organisierter „Patrioten“ zur eigenständigen Bekämpfung der Islamisten hat im Laufe der 1990er Jahre nicht nur zu einer zunehmenden Militarisierung der algerischen Gesellschaft beigetragen, sondern gleichzeitig auch das staatliche Gewaltmonopol in nicht geringem Maße geschwächt. Nachdem sich der Bürgerkrieg 2003 seinem Ende näherte, hat Algerien jedoch damit angefangen, die Milizen wieder aufzulösen und zu entwaffnen. Die damit einhergehende Schaffung mehrerer hunderttausend Arbeitsloser wird allerdings den sich zuspitzenden sozialen Konflikt in Algerien vermutlich noch weiter verschärfen.

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2002-2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Aktive in 1.000 (IISS)	136,7	127,5	127,5	137,5	137,5	147	147	147	147
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	4,3	4,0	3,9	4,2	4,1	4,3	4,3	4,2	4,1

Quellen:
IISS Military Balance, 2003-2011, UN

Kommentar:

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldaten. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 Mann gesunken. Dieser Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren, trotz Beginn des Bürgerkrieges, fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldaten. Seit 2003 ist allerdings wieder ein geringer Anstieg zu verzeichnen.

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1082	
Aufklärer	90	
Schützenpanzer	1040	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	750	
Artillerie	1019	
Panzerabwehr	Mehr als 680	Davon 50 auf Lager
Luftabwehr	Mehr als 288	

Kommentar:

Traditionell war die Aufgabe des Heeres die Verteidigung und Überwachung der langen algerischen Landesgrenze zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien. Auf Grund der Spannungen mit Marokko wurde die Personalstärke der Landstreitkräfte in den späten 1970er Jahren fast verdoppelt. Das Heer ist die einzige Truppenart, die Wehrpflichtige für eine Dauer von 18 Monaten einberuft. Mit rund 1.000 Kampfpanzern verfügt es zudem über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum nun zunehmend durch die Unterstützung der Gendarmerie und anderer paramilitärischen Kräfte im Kampf gegen die Islamistische Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in der Wüste für eine derartige Kriegsführung benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandkapazitäten, genossen während dieser Zeit eine vorrangige Förderung. 1999 lieferten die Vereinigten Staaten ein komplettes C³I elektronisches Kampfführungssystem nach Algerien. Auch schwere Waffensysteme, zum Beispiel T-72 Kampfpanzer aus der Ukraine und der Tschechischen Republik wurden in den 1990er von Algerien angeschafft. In jüngster Zeit wird das Heer auch für den Nachtkampf ausgerüstet. Nachdem das Land bereits 2000 aus Katar und 2003 aus den Vereinigten Staaten größere Lieferungen von Nachtsichtbrillen erhielt, lieferte Deutschland 2003 zusätzlich Wärmebildgeräte nach Algerien.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	3	
Fregatten	3	
Patrouillenbote	20	
Davon Korvetten	6	
Amphibienfahrzeuge	3	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	3	

Kommentar:

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren erheblich vergrößert und modernisiert, besonders durch die Beschaffung der zwei Unterseeboote und zwei Fregatten der Koni Klasse. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Mit der Neuorientierung des Militärs hin zur Niederschlagung interner Aufstände in den 1990er Jahren verlor die Marine allerdings an Bedeutung. Mit Ausnahme der Lieferung einer französischen Korvette 1995 gab es seit dieser Zeit keine größeren Beschaffungen. Mit russischer Hilfe wurde allerdings 2001 eine Rundumerneuerung der beiden Fregatten und einer Korvette durchgeführt.

Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart. Vor allem Frankreich und Großbritannien haben bereits in den 1980er Jahren Algeriens Marine mit Korvetten und Küstenwachbooten beliefert, sowie kleinere Technologietransfers in diesem Bereich ermöglicht. Derzeit befindet sich ein algerisches U-Boot in Russland für umfangreiche Modernisierungsarbeiten. Eine mögliche Lieferung weiterer russischer U-Boote ist offen.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	37	
Abfangjäger	118	
Aufklärer	8	Alle kampffähig
Tankflugzeuge	6	
Transportflugzeuge	51	Weitere Beech 200T bestellt
Ausbildungsflugzeuge	99	
Kampfhubschrauber	33	
Transporthubschrauber	78	
Mehrzweck- /Transporthubschrauber	64	
Luftabwehr	Ca. 140	
Raketen	einige	u.a.: AS-12 Kessler, AA-10 Alamo

Kommentar:

Die algerische Luftwaffe wurde 1962 gegründet und kurz nach den Zusammenstößen mit marokkanischen Streitkräften Mitte der 1970er Jahre erheblich erweitert. Die Ausbildung der Piloten wurde anfangs zum größten Teil in der Sowjetunion, später aber auch mit ägyptischer, pakistanischer und syrischer Hilfe durchgeführt. Nicht zuletzt wegen der Weiträumigkeit des häufig unwegsamen Landes ist es die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen.

Seit 2000 ist die Modernisierung der Luftwaffe die wichtigste Aufgabe der algerischen Streitkräfte. Die größten Rüstungszukäufe der letzten Jahre waren daher für die Luftstreitkräfte bestimmt. In Russland wurde kürzlich eine Kampfwertsteigerung der Su-24 Jagdbomber vorgenommen. 2003 lieferte Moskau zudem zu einem verhältnismäßig billigen Preis bewaffnete 30 Mi-171 Transporthubschrauber mit spezieller Ausrüstung für Nachteinsätze. Im Juni 2004 wurde bekannt, dass Algerien zu einem Stückpreis von 30 Millionen US-DOLLAR 50 russische Abfangjäger MiG-29MT bestellt hat – zusätzlich zu den 28 MiG-29, die seit 1999 aus Belarus geliefert werden.

Im Rahmen des 2006 mit Russland unterzeichneten Milliarden Deals über unter anderem 28 Su-30MKA, 34 MiG-29 und 16 YAK-130 kam es zu Verstimmungen da Algerien nach der ersten Auslieferung von 15 Flugzeugen durch Russland zu Beginn 2008 diese umgehend zurück sandte und die gesamte Bestellung vorerst ruhen lies. Grund hierfür war nach algerischen Angaben der Zustand einiger Flugzeuge, der von algerischer Seite als nicht neuwertig bewertet wurde. Nachdem Russland offenbar angeboten hatte, die MiG-29 zurückzunehmen, wenn Algerien dafür modernere und teurere Flugzeuge, wie etwa das MiG-35, kaufen würde, wurde die wiederaufgenommene Lieferung von russischer Seite im Juni 2008 als Zeichen der Normalisierung und vertraglichen Einhaltung bewertet. Die ersten sechs der 16 Yak-130 werden nun nicht wie ursprünglich geplant noch 2009, sondern erst 2010 ausgeliefert werden. Die 28 Su-30 MKA wurden Ende 2009 von Russland an Algerien ausgeliefert. Im Jahr 2010 wurden 16 weitere Su-30 MKA und neue Yak-130 Trainingsflugzeuge bestellt, die bereits 2011 ausgeliefert werden sollen.

Paramilitärische Einheiten:

- Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): Aufklärungsfahrzeuge (AML-60/110 M-3 Panhard); gepanzerte Personenfahrzeuge (100 Fahd); Helicopter (PZL Mi-2 Hoplite)
- Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): Kleinwaffen
- Republikanische Garde: Aufklärungsfahrzeuge (AML-60), gepanzerte Personenfahrzeuge (M-3)
- Kommunale Verteidigungsgruppen, Milizen: k.A.

Quelle: IISS Military Balance 2011

2.7 Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire: ANP) konstruiert ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegerkultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasoren hat. Zuletzt erhoben sich die Algerier 1954 gegen die mehr als hundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Ganz im Geiste von Frantz Fanon verstand sich die ANP als Befreiungsarmee des ganzen algerischen Volkes gegen fremde Unterdrückung und Kolonisation. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich, um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten, soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offizier- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offiziere weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierkorps rituell zu betonen. Um dieses Gleichheitsprinzip symbolisch darzustellen, gab es beispielsweise bis 1984 keine Generalsränge in den algerischen Streitkräften. Der höchste Dienstgrad war „Oberst“.

Dennoch bleibt die ANP bis heute die am Besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar.

Die Streitkräfte spielen auch eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der schließlich 1965 in einen Militärcoup unter Oberst Houari Boumediene mündete. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflussnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach Außen hin propagiert. Zum Beispiel trat Präsident Boumediene niemals in der Öffentlichkeit in einer Militäruniform auf, um zumindest ostentativ den Eindruck eines zivilen staatlichen Primats zu wahren. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiter entwickelt. So wurde nach Boumedienes Tod 1978 Oberst Chadli Benjedid sein in direkter Wahl vom algerischen Volk bestätigter Nachfolger. Allerdings büßte die ANP auch unter Benjedid keinesfalls ihre besondere Machtstellung ein. Während soziale Unruhen Ende der 1980er Jahre immer wieder unter exzessiver Gewaltanwendung niedergeschlagen wurden, waren es die Generäle, die hinter den Kulissen die politischen Entscheidungsprozesse dominierten und maßgeblich mitbestimmten. Zu dieser Zeit verlor das Militär seinen durch den Befreiungskrieg ehemals populären Rückhalt im Volk.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der Front Islamique du Salut (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluss der Streitkräfte noch weiter anstieg. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika war nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren nichts weiter als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2004 wurde Bouteflika mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Militärführung hatte zwar vorher öffentlich verkündet, sie hätte keinen bevorzugten Kandidaten und stünde der Wahl politisch neutral gegenüber. Es ist allerdings kaum damit zu rechnen, dass es seit 1999 wesentliche Veränderungen bezüglich der politischen Rolle der Streitkräfte gegeben hat.

Auch die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor verhindert.

Proteste der algerischen Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2011 richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Der Präsident kann dabei auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, die, auch zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen, teilweise brutal gegen Demonstranten vorgehen. Angesichts der

Umstürze in Ägypten und Tunesien fürchtet Bouteflika ähnliche Entwicklung in Algerien. Als einen ersten Schritt zur Vermeidung des Umsturzes veranlasste das Regime die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der seit 19 Jahren besteht und kündigte weitere demokratische Reformen an.

2.8 Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 7: Ausgaben für Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Die Sicherheitskräfte Algeriens bestehen neben dem Militär aus der Zivilpolizei (Direction Général de la Sûreté Nationale: DGSN) und der paramilitärischen Gendarmerie (Gendarmerie Nationale oder national rural police force).

Die Zivilpolizei hat eine Stärke von ca. 160.000 Personen (die Zahlen schwanken zwischen 30.000 und 200.000 Beschäftigten), wobei der Frauenanteil auf 14.000 geschätzt wird. Sie ist formal dem Innenministerium unterstellt. Aufgabengebiete umfassen die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Grenzkontrollen und allgemeine Strafverfolgung. Der Zivilpolizei sind auch die paramilitärischen Nationalen Sicherheitskräfte mit ihren 16.000 Soldaten unterstellt. Während des Arabischen Frühlings spielten die Polizei- und Sicherheitskräfte eine wichtige Rolle für das Regime in der Niederschlagung der Demonstrationen.

Darüber hinaus besteht mit der zwischen 20.000 bis 60.000 Mann starken Gendarmerie eine paramilitärische Einheit, welche dem Verteidigungsministerium unterstellt ist (je nach Quelle schwanken die Angaben sehr stark). Die Gendarmerie wird hauptsächlich als Polizeieinheit in ländlichen Gegenden eingesetzt sowie in Gebieten, in denen Spannungen und Konflikte bestehen. Sie sind ausgestattet mit über hundert gepanzerten Mannschaftstransportern (M-3 Panhard und TH 390 Fahd) sowie einigen leichten Hubschraubern (Mi-2 Hoplite). Die Republikanische Garde ist eine bis zu 1.200 Mann starke Spezialeinheit innerhalb der Gendarmerie. Diese teilt sich in verschiedene Eliteeinheiten, eine Bereitschaftseinheit (schnelle Eingreiftruppe) sowie Einheiten zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung auf und umfasst Aufgaben wie etwa nationale Sicherheit, Grenzkontrollen, Personenschutz und Gefangenentransporte. Hauptaufgabe ist jedoch der Schutz des Präsidenten. Die Truppen sind äquivalent zu den militärischen Bezirken auf sechs Stützpunkte im Land verteilt.

Des Weiteren gibt es eine zivile paramilitärische Gruppierung (Legitimate Defence Groups), die etwa 150.000 Mann zählt. Diese umfasst auch die kommunale Garde (60.000 Mann). Ende der 1990er Jahre als Reaktion auf zunehmende Terroranschläge in ländlichen Gebieten mit dem Einverständnis der Regierung gegründet, untersteht die Gruppe heute gemeinsam dem Verteidigungs- und Innenministerium. Sie wurden lange Zeit von der Regierung mit Waffen ausgerüstet. Es gibt jedoch Bestrebungen des Innenministeriums die Einheiten aufzulösen. Berichten zufolge scheint es, dass die Regierung teilweise die Kontrolle über sie verloren hat.

Der Geheim- und Sicherheitsdienst Algeriens (Department of Intelligence and Security: DRS) ist dem Militär zugeordnet und übernimmt klassische Geheimdienstarbeit für das Militär, ist aber ebenso für die interne Sicherheit und Gegenspionage zuständig. Ihm ist eine 300 Mann starke Interventionseinheit (Groupe d'Intervention Spécial: GIS) zugeordnet.

Private Sicherheitsfirmen sind weit verbreitet. Mit mittlerweile über 60 Firmen ist das private Sicherheitsgewerbe ein florierender Wirtschaftszweig. Besonders in der Öl- und Gasindustrie, aber auch im Objekt- und Personenschutz finden sich private Sicherheitsdienstleister wieder.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Algerien

Mitgliedschaft in zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2011
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterschrieben, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2011
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011

Kommentar:

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch dem bislang noch nicht inkraftgetretenen Pelindaba Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) ist Algerien schon beigetreten. In Bezug auf die Anti-Personenminen-Konvention weist der Landmine Monitor Report 2006 auf einige bestehende Probleme hin: Derzeit sind keine Sanktionen gegen Algerien implementiert.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Algerien, 2010 (2011)

Principal human rights problems included restrictions on freedom of assembly and association, which significantly impaired political party activities and limited citizens' ability to change the government peacefully through elections. There were reports of arbitrary killings. Failures to account for persons who disappeared in the 1990s and to address the demands of victims' families remained problematic. There were reports of official impunity, overuse of pretrial detention, poor prison conditions, abuse of prisoners, and lack of judicial independence. Additionally, widespread corruption accompanied reports of limited government transparency. Authorities used security grounds to constrain freedom of expression and movement. Women faced violence and discrimination, and the government maintained restrictions on workers' rights.

Terrorist groups committed a significant number of attacks against government officials, members of security forces, and, to a lesser extent, civilians.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2010
<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/nea/154458.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Länderbericht von Amnesty International für 2010

Human rights defenders and others were banned from holding some meetings and demonstrations. People suspected of security-related offences were arrested and detained incommunicado. Women victims of gender-based violence were not provided with redress. Foreign nationals were arrested and expelled without recourse to appeal. Christians were prosecuted for practising their faith without permission, and others faced trial for offending Islamic tenets. No executions were carried out, but over 130 people were sentenced to death. The authorities failed to take any steps to combat impunity for enforced disappearances and other serious past human rights abuses.

Quelle: Jahresbericht 2011 von amnesty international: <http://www.amnesty.org/en/region/algeria/report-2011>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2011)

Bewertung für Algerien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 5
- Politische Rechte: 6
- Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2011):

President Abdelaziz Bouteflika reshuffled his cabinet in May 2010 as his poor health fueled rumors about the possible succession of his brother and the government struggled with corruption allegations against the state-owned oil company. Also during the year, the government continued to tamper with internet access, explicitly blocking a political website for the first time in January.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=7982>

Kommentar:

Auch wenn weiterhin Menschenrechtsverletzungen bestehen und der Verbleib der „Verschwundenen“ bislang noch nicht aufgeklärt wurde, verspricht die algerische Verfassung doch einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Seit September 2008 ist Algerien bereits zum zweiten Mal Mitglied im neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Die Ausschreitungen zu Beginn 2011 haben jedoch erneut gezeigt, dass das Regime bereit ist, gewaltsam auf Demonstrationen und Reformbestrebungen zu reagieren.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtiges Amtes (November 2011):

Nach der Verfassung von 1996 ist Algerien eine parlamentarische Demokratie, die auf den Säulen von Arabität, Islam und Berberität beruht. Der Präsident wird für fünf Jahre direkt gewählt. Für 2012 ist eine Revision der Verfassung angekündigt.

Neben der nach Verhältniswahlrecht (mit Fünfprozent-Klausel) gewählten Nationalversammlung (Assemblée Populaire Nationale) besteht eine zweite Kammer (Conseil de la Nation oder Sénat), deren Mitglieder zu einem Drittel vom Präsidenten bestimmt und zu zwei Dritteln von den Gemeindevertretern gewählt werden. Der Senatspräsident vertritt den Staatspräsidenten.

Der Verwaltungsaufbau des Landes ist zentralistisch. Das Land ist in 48 Regierungsbezirke, "Wilayate", untergliedert, denen jeweils ein Wali (Gouverneur) vorsteht. Dieser wird vom Präsidenten ernannt und ist dem Innenministerium in Algier unterstellt.

Die politischen Umwälzungen in Nordafrika seit Jahresbeginn 2011 haben auch Algerien nicht unberührt gelassen. Landesweit protestierten Anfang Januar Zehntausende junger Algerier. Am 24.02.2011 hob Präsident Bouteflika den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand auf und stellte im April politische Reformen in Aussicht: Revision der Verfassung und Neuordnung von Parteiengesetz, Wahlgesetz, Abgeordnetengesetz, Vereinsgesetz und Informationsgesetz.

Im Frühjahr 2012 werden Parlamentswahlen stattfinden. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die angekündigten Gesetzesreformen umgesetzt werden. Eine Verfassungsreform soll mit einem Referendum nach diesen Wahlen durchgeführt werden.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2010):

Im Jahresbericht 2010 von Transparency International, für den in 178 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Algerien auf Platz 105 (2009: Platz 111), zusammen mit Moldawien, Kasachstan, Argentinien und Senegal. Deutschland liegt auf Platz 15.

Quelle.: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

Kommentar:

Korruption stellt ein großes Problem in der algerischen Politik dar. So hat zum Beispiel das Erdbeben vom Mai 2003 die potentiell katastrophalen Folgen von Korruption im Bausektor auf tragische Weise verdeutlicht. Mangelnde Einhaltung von Bauvorschriften war ein wesentlicher Grund für die mehr als 2.300 Todesopfer des Erdbebens.

Innere Konflikte und Spannungen:

Im Zuge der Proteste in Tunesien im Frühjahr 2011, die zum Umsturz des Regimes Ben Ali führten, gab es ebenfalls Ausschreitungen und Demonstrationen in Algerien. Bei den Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und der Polizei sowie dem Militär ging es in erster Linie um politische Missstände und den Wunsch nach mehr demokratischen Reformen. Das Regime hat die mit gewaltsamer Härte auf die Aufstände reagiert und mit Hilfe der Polizei viele Protestkundgebungen niedergeschlagen. Zwar hat Bouteflika Reformen angekündigt und Zusagen gemacht, doch sind die inneren politischen Spannungen bis heute nicht beigelegt.

Der Islamistenaufrastand

Spannungen zwischen islamischen Fundamentalisten und dem „sozialistischen“ Regime Algeriens reichen zurück bis in die frühen 1980er Jahre. Nach einer blutigen Auseinandersetzung an der Universität von Algier im November 1982 wurden Islamistengruppen gezielt vom Staat verfolgt. Viele Imame und Intellektuelle, denen fundamentalistisches Gedankengut nachgesagt wurde, landeten im Gefängnis. Dennoch erfuhren die Islamisten im Laufe der 1980er Jahre einen steigenden Rückhalt in der algerischen Bevölkerung. Die Hauptursache war wohl die wachsende Enttäuschung über die korrupte staatliche Wirtschaftspolitik und die damit einhergehenden ökonomischen und sozialen Probleme.

1988 kam es zum ersten offenen Aufstand, der allerdings von staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurde. Einige hundert, vielleicht sogar tausend Demonstranten fanden den Tod im Kugelhagel der Polizei. Als Reaktion auf den Unmut der Bevölkerung regte Präsident Benjedid politische Reformen an. Im Zuge dieser Reformen wurde schließlich auch die Islamistenpartei Front Islamique du Salut (FIS) für Wahlen zugelassen.

Insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten und der Arbeiterklasse war die FIS schnell sehr erfolgreich. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzuzeichnen begann, unterbrach das Militär allerdings den Urnengang. Anfang 1992 wurde die Partei dann verboten und die Militärführung verhängte einen 19 Jahre anhaltenden Ausnahmezustand. Die Islamisten reagierten ihrerseits mit Gewalt. Trotz massiver Militäroperationen gegen islamistische Guerrillagruppen und einer groß angelegten Verhaftungswelle gelang es den algerischen Streitkräften in den folgenden Jahren jedoch nicht, den nunmehr entfachten Bürgerkrieg erfolgreich einzudämmen oder gar zu beenden.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich manchmal über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilisten, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass in den 1990er Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen. Mit Berichten über immer neue Gräueltaten, die von Islamistengruppen gegenüber Zivilisten verübt wurden, verloren die Guerrillaverbände gegen Ende der 1990er Jahre ihre einstige Unterstützung in der algerischen Bevölkerung, wodurch ihre Schlagkraft erheblich beeinträchtigt wurde. Im September 1997 entspannte sich der Bürgerkrieg etwas, als der bewaffnete Arm der FIS, die Islamische Armee des Heils (AIS), die Einstellung von

Kampfhandlungen verkündete. Andere militante Islamistengruppen, allen voran die Groupe Islamique Armee (GIA) und die Groupe salafiste pour la prédication et le combat (GSPC), setzten indes ihren Kampf fort.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die Rebellen verkündete, nahm die Gewalt am Anfang des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfern nur noch etwa 700 in GIA und GSPC aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben immer noch ca. 1.900 Menschen gewaltsam im Bürgerkrieg zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilisten. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später als eine Gruppe von ausländischen Touristen im Februar und März 2003 von der GSPC entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebellen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. Während die Zahl der Todesopfer im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich immer weiter abnimmt, hatte das algerische Militär im Sommer 2004 noch etwa 10.000 Soldaten im östlichen Algerien im Einsatz, um nach versprengten Überresten der Islamistengruppen zu suchen. Im Juli 2004 soll der Anführer der GSPC, Nabil Sahraoui, getötet worden sein. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft; seitdem haben über 400 Guerilla-Kämpfer die Waffen niedergelegt.

Der Berberaufstand

Obwohl die große Mehrheit der Algerier ihren ethnischen Ursprung im Berbervolk hat, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel mit der Berberkultur. Diese leben zum größten Teil in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algiers. Die übrigen 80 Prozent der Algerier verstehen sich als Araber und stellen als solche die sowohl kulturelle als auch politisch dominante Gruppe dar.

Parallel zu dem inzwischen abklingenden Bürgerkrieg gegen Islamistengruppen existiert ein zweiter innerer Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region. Die Unruhen begannen in den frühen 1980er Jahren, als sich die Berber gegen eine von der Regierung verordnete Arabisierungskampagne der gesamten algerischen Gesellschaft zur Wehr setzten und ihre kulturelle Eigenständigkeit forderten. Obwohl die Regierung unter Präsident Benjedid den Kabylei-Berbern schließlich einräumte, ihre eigene Sprache und Tradition an bestimmten Universitäten und Schulen weiterhin pflegen zu können, ebten die kulturellen Spannungen niemals ganz ab. Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation dann erneut, nachdem ein junger Berber von algerischen Sicherheitskräften auf einer Polizeiwache außergerichtlich hingerichtet wurde. 2002 erklärte das Parlament die Berbersprache Tamazight zur zweiten offiziellen Amtssprache neben dem Arabischen. Der gewaltsame Aufstand der Berber gegen staatliche Einrichtungen in der Kabylei konnte damit allerdings nicht wirklich beruhigt werden. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Berber inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei, zuletzt im Februar 2007, lässt auf Existenz einer bewaffneten Berbergruppierung in der Region schließen.

Die Lage in Algerien hat sich jedoch seit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2004 gebessert. In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Aarouche“ konnte ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Mit 2.381.741 km² ist Algerien das zweitgrößte Land Afrikas nach dem Sudan. Mehr als vier Fünftel des Territoriums bestehen allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko, im Süden an Mali und den Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

Politische Situation in der Region:

Marokko

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des „alten Königreiches“ Marokko und der neuen „sozialistischen“ Republik Algerien zurückzuführen ist. Der Konflikt zwischen den beiden Staaten wird insbesondere durch die algerische Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. So war Algerien in der Vergangenheit einer der wichtigsten Waffenlieferanten für die Polisario Befreiungsfront. Die Situation eskalierte kurzzeitig 1976, als es zu direkten Zusammenstößen zwischen algerischen und marokkanischen Truppen in der Westsahara kam. Der Konflikt entspannte sich erst im Rahmen der Verhandlungen um die Schaffung einer gemeinsamen Maghreb-Union im nördlichen Afrika Ende der 1980er Jahre. Wohl auch um die vermutete marokkanische Unterstützung der algerischen Islamistengruppen zu beenden, war Algerien zunehmend um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Marokko bemüht. 1988 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später wurde eine Reihe von Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich beigelegt. Trotz dieser Annäherungen bleiben beide Länder bei ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Position bezüglich der Westsahara-Frage, was die 1989 ins Leben gerufene Union des Arabischen Maghreb (UMA) bis auf den heutigen Tag weitgehend paralysiert. Die Grenze zwischen Marokko und Algerien ist nach wie vor geschlossen.

Tunesien

Die Beziehung Algeriens zu Tunesien ist sehr viel weniger problematisch. Beide Staaten sind traditionell eng miteinander verbunden. 1983 schlossen sie ein Verteidigungsabkommen. Zeitgleich wurde ein über zwanzig Jahre andauernder Disput über den algerisch-tunesischen Grenzverlauf beigelegt. Als kleines, verwundbares Land legt Tunesien großen Wert auf ein strategisches Bündnis mit seinem großen algerischen Nachbarn, um sich vor möglichen libyschen Hegemonialansprüchen in der Region zu schützen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Beziehungen trotz des Umsturzes in Tunesien nicht grundlegend ändern werden.

Libyen

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund von ideologischen Gemeinsamkeiten beider Regierungen und den sich daraus ergebenden ähnlichen außenpolitischen Interessen in der Vergangenheit gut und freundschaftlich. Beispielsweise unterstützte Libyen in den 1970er Jahren ebenfalls die Polisario Befreiungsfront in der Westsahara. Die Beziehung erhielt 1984 allerdings einen plötzlichen Dämpfer, als Libyen überraschend erklärte, ein Bündnis mit Marokko geschlossen zu haben. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm nach dem gemeinsamen Beitritt zur Union des Arabischen Maghreb jedoch wieder ab, und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Libyen plant anscheinend, bis zu 500 Millionen US-Dollar in Algerien zu investieren. Dennoch gibt es noch immer einen ruhenden Grenzdisput zwischen beiden Ländern. Libyen beansprucht 32.000 Quadratkilometer Wüste im südöstlichen Algerien.

Union des Arabischen Maghreb (UMA)

Im Februar 1989 gründete Algerien zusammen mit Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen

soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltet beispielsweise bereits der UMA Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Beispielsweise betrieb Algerien im Jahr 2000 nur 1,5 Prozent seines Außenhandels mit der UMA. Mit Ausnahme von Libyen fehlte auch der Wille bei den Mitgliedern, eine politische Integration nach Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter. Zuletzt scheiterte 2005 ein geplantes Treffen, da es Differenzen bei der Anerkennung und Unterstützung Westsaharas gab.

Südliches Afrika

Trotz seiner Führungsrolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bleibt Algerien viel enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Ländern im Süden verbunden. Die Beziehungen sind dennoch im Allgemeinen gut. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauretanien wurden beigelegt.

Arabische Welt

Trotz seiner geographischen Entfernung zur Region identifiziert sich Algerien offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Kommentar:

Unter Algeriens unmittelbaren Nachbarn stellten nur Marokko und Libyen eine potentielle militärische Bedrohung dar. Marokko verfügt zwar in absoluten Zahlen über mehr Soldaten als Algerien, dafür aber auch über weniger schwere Waffensysteme sowie über eine vergleichsweise minderwertige Ausrüstung und Bewaffnung. Libyen hingegen besitzt zwar mehr schwere Waffen als Algerien wie auch Marokko, verfügt dafür aber über sehr viel weniger Soldaten.

Grenzprobleme:

Momentan gibt es keine offen ausgetragenen Grenzkonflikte. Da Libyen ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem libyschen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle:

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terroristen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen Al-Qaida Organisation GSPC.

Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM), kommt Algerien eine gewichtige Rolle zu, dort unterhalten die USA mittlerweile einen zentralen Kommandostützpunkt. Außerdem

befinden sich amerikanische Spezialeinheiten im Rahmen der Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI) im nordafrikanischen Raum, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

Auch die militärischen Beziehungen zu Großbritannien sollen in Zukunft intensiviert und vertieft werden. Im Jahr 2009 unterzeichneten die beiden Staaten einen Pakt über technologische und militärische Kooperation. Neben gemeinsamen Manövern und Ausbildungseinheiten, ist auch die Lieferung verschiedener Ausrüstungsgegenstände im Kontext des Paktes durchaus denkbar. Italien ist ebenfalls bestrebt, die Kooperation mit Algerien zu vertiefen und ggfs. auch Einheiten zur Ausbildung algerischer Soldaten zu entsenden.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Algerien 83 Prozent im Jahre 2010, und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren beinahe gleichgeblieben. Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, weist Algerien, neben Libyen und Yemen, eine der höchsten Raten der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2010 auf geschätzte 69 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2010

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Obwohl die algerische Regierung auf Druck der Öffentlichkeit 1990/91 den amerikanischen Waffengang gegen das vom Irak besetzte Kuwait heftig kritisierte, nahmen die Beziehungen beider Staaten keinen ernsthaften Schaden. Ein Grund hierfür ist auch der Militärputsch von 1992, der den demokratischen Wahlsieg einer islamischen Partei verhinderte und einen mehr als zehnjährigen Bürgerkrieg auslöste. Der von den algerischen Militärs fortan proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente, wie der Politikwissenschaftler Werner Ruf schreibt, „nicht nur alte Klischees und anti-islamische Vorurteile in Europa und den Vereinigten Staaten, er verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeld-Verteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen.“. Alleine zwischen 1998 und 2000 investierten amerikanische Firmen rund vier Milliarden US-Dollar in Algerien.

Frankreich und Europa

Trotz seines Status als ehemaliger Kolonialherr und erbitterter Gegner im achtjährigen Unabhängigkeitskrieg unterhält Algerien verhältnismäßig enge Beziehungen zu Frankreich. Dies hat weniger politische als vielmehr kulturelle und wirtschaftliche Gründe. Französisch ist nach Arabisch die zweite Landessprache. Ca. 20 Prozent aller algerischen Exporte und Importe kamen aus oder waren für Frankreich bestimmt. Der 1999 gewählte Präsident Bouteflika ist ganz besonders um ein gutes Verhältnis bemüht. Erstmals in der algerischen Geschichte nahm er 2002 am Gipfel der frankophonen Staatsoberhäupter in Beirut teil. Der Besuch von Präsident Chirac in Algier im März 2003 war im Gegenzug der erste offizielle Besuch eines französischen Staatsoberhäupters seit 41 Jahren.

Die Beziehungen zur Europäischen Union bleiben insgesamt durchdrungen von einigen Misstönen, werden im Europäischen Parlament doch immer wieder Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in Algerien laut. Dennoch wurde im April 2002 ein Assoziierungsabkommen mit der EU in Valencia unterzeichnet. Durch die Schaffung der Mittelmeerunion auf Bestreben Frankreichs sollen die Beziehungen der EU und der europäischen Staaten insgesamt zu den Mittelmeeranrainerstaaten verbessert werden.

In den Jahren 2004 und 2005 hatte Algerien einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne.

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org

Kommentar:

Die außenpolitische Position Algeriens in der internationalen Gemeinschaft wurde zur Zeit des Kalten Krieges vor allem durch die sozialistisch geprägte Ideologie und die damit verbundene Nähe zur Sowjetunion definiert. Als Algerien 1963 die DDR anerkannte, brach die Bundesrepublik gemäß der Hallstein-Doktrin alle diplomatischen Beziehungen ab. Während der 1970er Jahre machte sich Algerien dann vor allem durch die Unterstützung anti-imperialistischer und gewaltbereiter Gruppierungen, wie zum Beispiel die Rote Brigade in Italien oder die Rote Armee Fraktion in Deutschland, im Westen unbeliebt. Allerdings rückten ideologische Motive bereits in den frühen 1980er Jahren immer mehr in den Hintergrund algerischer Außenpolitik und wurden durch eine eher pragmatische Wahrnehmung von Sicherheitsinteressen ersetzt. Hierzu gehörte vor allem auch eine Annäherung an den Westen, insbesondere die USA und die EU.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2011
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2011
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.4 UN-Berichterstattung

Algerien boykottiert, wie die meisten arabischen und nordafrikanischen Staaten, das UN-Waffenregister. Hintergrund hierfür ist vor allem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch an der Berichterstattung über Militärausgaben der Vereinten Nationen nimmt Algerien nicht teil und übermittelt keine Angaben.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (November 2011):

Bestimmend für die algerische Wirtschaft sind Förderung und Export von Erdöl und Erdgas. Der Erlös aus dem Energieexport steht für rund 98 Prozent der Deviseneinnahmen und rund 31,5 (2009) Prozent des Bruttoinlandsprodukts. .
 Dank des hohen Ölpreises verzeichnet Algerien seit Jahren sehr gute makroökonomische Daten. Das Bruttoinlandsprodukt wächst seit Jahren kontinuierlich an, 2008 und 2009 betrug das Wachstum 2,4 Prozent, 2010 ca. 3,3 Prozent. Für 2011 wird ein Wachstum von über 3,5 Prozent erwartet.
 Zum Jahresende 2010 sind die Devisenreserven auf etwa 158 Mrd. US-Dollar angestiegen. Durch vorzeitige Rückzahlung gegenüber den Mitgliedern des Pariser Clubs konnte die Auslandsverschuldung bis Ende 2010 auf rund 3,9 Mrd. US-Dollar reduziert werden.
 Die Inflation lag 2010 bei etwa 4,3 Prozent. Die OECD stuft Algerien aktuell in die Risikokategorie 3 ein (beste Bewertung 0, schlechteste Bewertung 7).

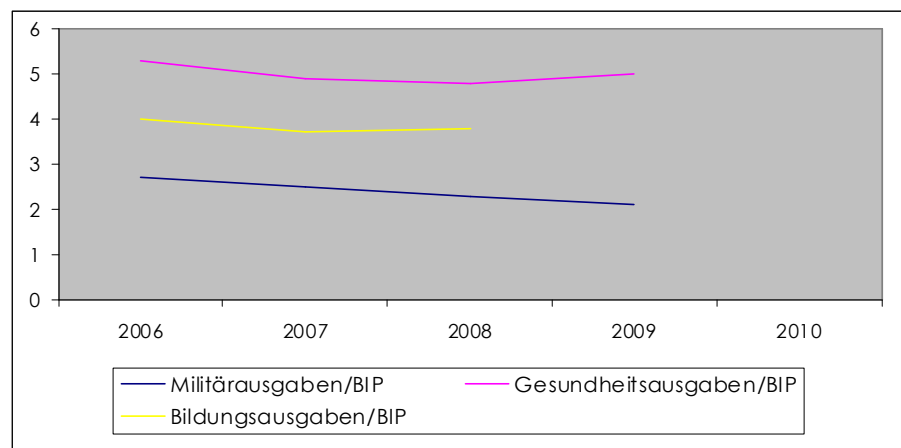
Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_874A176E1B921C1033E911BA05401723/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Wirtschaft_node.html

Tabelle 8: Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben (absolut)	4413	4444	4139	4017	3914
Militärausgaben/BIP	2,7	2,5	2,3	2,1	-
Gesundheitsausgaben/BIP	5,3	4,9	4,8	5,0	-
Bildungsausgaben/BIP	4,0	3,7	3,8	-	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5: Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben), World Development Indicators

Tabelle 9: Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2006	2007	2008	2009	2010
Auslandsverschuldung	5379	5597	5849	5345	-
Anteil am BIP (in Prozent)	4,9	4,3	3,4	3,8	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	206	292	245	200	-
Net ODA (% of GNI)**	0,4	0,2	0,3	0,2	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009) (Auslandsverschuldung), ODA in Mio. US\$ in aktuellen Preisen.

Quelle: Weltbank, World Development Indicators**, OECD*

Tabelle 10: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2006	2007	2008	2009	2010
Militarisierungswert	746	743	738	755	750
Index-Platzierung	26	22	20	18	18

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 11: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2006	2007	2008	2009	2010
Libyen	Militarisierungswert	780	760	764	778	765
	Index-Platzierung	17	16	14	11	13
Mali	Militarisierungswert	558	552	540	543	548
	Index-Platzierung	109	111	110	112	107
Marokko	Militarisierungswert	742	735	730	731	726
	Index-Platzierung	29	25	23	24	23
Mauritanien	Militarisierungswert	693	689	682	690	675
	Index-Platzierung	43	40	41	39	43
Niger	Militarisierungswert	471	460	461	459	452
	Index-Platzierung	138	138	136	136	135
Tunesien	Militarisierungswert	594	583	581	579	579
	Index-Platzierung	96	98	91	89	82

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 12: Human Development Index (HDI)

	2007	2008	2009	2010	2011
HDI-Wert	0.662	0.667	0.671	0.677	0.698

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>
 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar:

Die Gefahr, dass in Algerien unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen ist deutlich ersichtlich, sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht,

dennoch sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren gesunken. Ungeachtet dessen sind jedoch auch bei den Gesundheits- und Bildungsausgaben eher Stagnation bzw. nur geringfügige Anstiege zu beobachten. Angesichts der drängenden Probleme des Landes, wie die wirtschaftliche Unterentwicklung, die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, die hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme in sozialen Sektoren, bedarf es einer Umverteilung bei den staatlichen Ausgaben. Algerien ist eines der Länder mit den höchsten Militärausgaben in Afrika.